

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Kirche

Autor(en): **Traber, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Freidenker [1927-1952]**

Band (Jahr): **16 (1933)**

Heft 12

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-408355>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

desjenigen Rechts, das ihr die Weimarer Republik in so weitgehendem Umfange eingeräumt hatte. Es ist natürlich klar, dass Hitler nur deshalb eine Erweiterung der Machtstellung der evangelischen Kirche wünscht, um sie ganz in den Dienst seiner faschistischen Staatszwecke zu stellen. Er kann als Diktator keine Macht neben sich dulden, die sich nicht der seinigen unterordnet. Die evangelische Kirche soll politisch mit dem faschistischen Regime gleichgeschaltet werden. Um diese « Gleichschaltung » geht augenblicklich der Konflikt zwischen Hitler und der evangelischen Kirche. Der Konflikt ist zum Ausbruch gekommen bei den Verhandlungen, die der nationalsozialistische Pfarrer Müller, der Vertrauensmann Hitlers, mit den Delegierten der evangelischen Landeskirchen geführt hat. Bei diesen Verhandlungen dreht es sich formell um die Frage, welche Verfassung die evangelische Nationalkirche erhalten soll und wer Reichsbischof werden soll. In Wirklichkeit geht der Kampf darum, ob die Kirche eine ausgesprochene Hitler-Kirche wird oder ob sie sich dem Faschismus gegenüber eine gewisse Selbständigkeit bewahrt. Der Konflikt um die Ernennung des Reichsbischofs ist vorläufig beigelegt worden. Man hat sich darauf geeinigt, dass der Pastor Friedrich von Bodelschwingh Reichsbischof werden soll. Bodelschwingh besitzt ein grosses Ansehen. Er ist der Leiter der Wohlfahrtsanstalten Bethel bei Bielefeld, die unter dem Namen « Stadt der Barmherzigkeit » bekannt sind. Bodelschwingh gilt als ein unpolitischer Mann. Er war gerade deshalb von den Vertretern der evangelischen Landeskirchen als gemeinsamer Vertrauensmann vorgeschlagen worden, weil sie hoffen, dass sie dadurch auch gegenüber dem Faschismus ihren angeblich unpolitischen Charakter wahren werden. Hitler hätte es zwar lieber gesehen, wenn die Kandidatur des Pfarrers Müller für den Posten des Reichsbischofs sich hätte durchsetzen lassen. Aber er hat im Augenblick einen offenen Konflikt vermieden, vielleicht auch in der Erwägung, dass eine unpolitische Persönlichkeit wie Bodelschwingh der von ihm erstrebten völligen Faschisierung keinen entscheidenden Widerstand entgegensetzen wird. Die bisher massgebenden Kreise der evangelischen Kirche befürchten diese Faschisierung nämlich aus den verschiedensten Gründen: Die Politisierung der Kirche im Sinne Hitlers ist nämlich unvereinbar mit der christlichen Ideologie, wonach die Kirche als göttliche Einrichtung über den Parteien steht. Die Preisgabe dieser Ideologie würde zu einer weiteren Entfremdung der Kirche gegenüber der Arbeiterschaft führen. Deshalb möchte sie sich nicht einseitig im Sinne der Politik Hitlers orientieren. Es ist ja bekannt, dass die evangelische Kirche niemals unpolitisch gewesen ist. Sie ist vielmehr seit Jahrhunderten eng verknüpft mit den Interessen mehrerer deutscher Herrenkassen, vor allem der Kasse der Grossgrundbesitzer, die in der deutschnationalen Front organisiert sind. Die evangelische Kirche ist die letzte Machtposition dieser Kassen, seit sich die deutschnationale Partei in einem Auflösungsprozess befindet, und der « Stahlhelm » zu den Nazis übergegangen ist. Daraus erklärt es sich, dass vor allem die Junkerkasse mit grosser Zähigkeit ihre kirchliche Machtposition verteidigt. Denn wenn es Hitler gelingt, auch diese Machtposition zu erobern, dann besteht für den Grossgrundbesitz die Gefahr der Enteignung. Wie soll aber die evangelische Kirche gegen diesen drohenden « Nationalsozialismus » Stellung nehmen, wenn sie selbst von Hitler beherrscht wird? Schliesslich liegt noch ein weiterer Grund vor, weshalb die evangelische Kirche sich nicht vollends in das Schlepptau Hitlers nehmen lassen will. Sie befürchtet nämlich mit Recht, dass sie im Falle des Untergangs des faschistischen Regimes mit in den Strudel der Vernichtung hineingezogen würde. Anscheinend ist sie von dem Bestande des « Dritten Reichs » nicht so fest überzeugt, als dass sie sich Hitler mit Haut und Haaren verschreiben möchte. Deshalb möchte sie gern ihre bisherige Selbständigkeit bewahren. Ob ihr dies gelingt, wird die Zukunft lehren. Auf den Ausgang des Kampfes kann man gespannt sein.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Kirche.

Im « Schweiz. Protestantenblatt », wo die Herren Pfarrer Waldburger und Baur wiederholt ihre Sympathien zum deutschen Nationalsozialismus bekundet haben, schreibt der « freisinnige » Hr. Pfarrer Baur: « Die zähe Nichtbeachtung der 35,000 Unterschriften für Freigebung (nicht Obligatorischerklärung!) des Schulgebets in Basel spricht Bände für unsere Lage. Die Verdrehung des Gesetzes « Trennung » von Kirche und Staat zu einer « Ausrottung » der Kirche im Geiste des französischen Laizismus sollte jedem Jugendfreund zu denken geben ».

Auch diese Worte eines freisinnig sein wollenden Herrn Pfarrers sprechen Bände. Herr Pfarrer Baur findet es mit dem Prinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit vereinbar, Schüler, deren Lehrer beten wollen, zu zwingen, mitzubeten. Unter dem Vorwand, nur Freigebung zu verlangen, wird für viele Schüler doch wieder ein Obligatorium festgelegt.

Wie die 35,000 Unterschriften mit Hilfe dieses oder jenes « beliebten » Herrn Pfarrers und seiner Helfershelfer zusammengekommen sind, wollen wir hier nicht erörtern, nur zum so- und-sovielten Mal betonen, dass niemandem verwehrt ist, zu beten. Wer das ehrliche Bedürfnis hat, kann ungestört beten. Was wir Freidenker immer und immer wieder betonen, ist die Forderung, dass mit der Trennung von Kirche und Staat die Kirche kein Recht mehr hat, in Schulangelegenheiten mitzureden. Diese Anmassung aller Kirchen muss zurückgewiesen werden. Sie mögen wirken wo und wie sie wollen, in der Schule haben sie nichts zu suchen. Wir machen keinen Lehrer lächerlich, wenn er glaubt, beten zu müssen; das kann er auf dem Weg zur Schule, ebenso jene Schüler, die von ihren Eltern dazu angehalten werden. Aber das gemeinsame Gebet noch nicht gereifter Menschen ist « leer und kalt ».

Es ist einfach Herrscherwille protestantischer und katholischer Pfarrer, wenn sie sich beklagen, die Kirche werde « ausgerottet ». Gewiss, wir Freidenker sind keine Freunde der Kirche, auch ausserhalb der Schule nicht, aber durch Eliminierung des Schulgebets aus dem Lehrprogramm treten wir der Kirche als solche nicht zu nahe, wir weisen sie einfach in ihre Schranken.

Herr Pfarrer Baur meint, der sich in der Ausrottung kundmachende französische Laizismus müsse jedem Jugendfreund zu denken geben. — Es muss jedem Jugendfreund zu denken geben, wenn freisinnige Pfarrer derart mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit umspringen. Einst war der Freisinn stolz auf die errungene Glaubens- und Gewissensfreiheit, heute ist er so sensibel, dass er wieder in die Kirche flüchtet und betet: « Herr, bleib bei mir, denn es will Abend werden ».

Eugen Traber, Basel.

Der Gegner an der Arbeit.

Kirchliche Beratungsstelle im Freidenkerhaus.

Im Berliner Freidenkerhaus, der bisherigen Zentrale des Deutschen Freidenkerverbandes, ist von der Berliner Evangelischen Kirche in Verbindung mit dem zuständigen Gemeindepfarrer eine Evangelische Beratungsstelle für kirchliche Angelegenheiten, insbesondere für den Wiedereintritt in die Kirche, eingerichtet worden. Der Deutsche Freidenkerverband, der etwa 500,000 Mitglieder umfasst, verkörperte innerhalb der Freidenkerbewegung die sozialistische Richtung.

So berichtet « Der Tag » vom 14. Mai. Nach der gewalttätigen Unterdrückung der deutschen Freidenker-Verbände, nach der Unmöglichmachung des rein wissenschaftlichen, von Ernst Häckel gegründeten Monistenbundes und seiner vorzüglichen Zeitschrift « Die Stimme der Vernunft », also nach Diebstahl, unrechtmässige Besitzergreifung fremden Eigentums durch die protestantische Kirche, die lehrt, « Du sollst nicht stehlen », durch dieselbe Kirche, die uns Freidenkern stets Unmoral vor-